

Klimaschutz-Gesetz

Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit



Klimaschutz wird immer wichtiger

Quelle: Pixabay

Die Klima-Allianz und ihre Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit fordert zusammen mit der SEA-Arbeitsgemeinschaft für Klima, Energie und Umwelt (AKU), dass reiche Länder wie die Schweiz als Hauptverursacher ihre Verantwortung im Klimaschutz wahrnehmen.

Laut eines Berichts des Stockholm Environment Institute und Oxfam aus dem Jahr 2020 sind die reichsten 10 Prozent der Welt für etwa die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Superreichen, das oberste 1 Prozent, sind für 15 Prozent der Emissionen verantwortlich. Das ist doppelt so viel wie die ärmsten 50 Prozent der Welt, die gerade mal 7 Prozent der Emissionen verursachen. Es sind jedoch die ärmsten Menschen, die unter den negativen Folgen der Klimakrise – ausgetrocknete Böden und landwirtschaftliche Ausfälle, Überschwemmungen und Erdbeben, wirtschaftliche Schäden und Existenzverluste – weitaus am

stärksten leiden.

Laut dem Weltklimarat leben bereits heute 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen in Gebieten, die stark von der Klimakrise betroffen sind. Diese Menschen können sich kaum vor den Folgen der Klimakrise schützen. Sie leben häufig bereits in Armut und verfügen daher nicht über die finanziellen Mittel für nötige Schutz- und Anpassungsmassnahmen. Ihr Recht, ein Leben in Würde zu führen, ist von der Klimakrise bedroht. Und dabei haben diese Menschen am wenigsten zur Klimakrise beigetragen.

Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit



Grafik zum Klimaschutz-Gesetz

Quelle: sea-aku.ch

Im Sinne von Klimagerechtigkeit sollen nach dem Verursacherprinzip Länder, Unternehmen und Menschen, welche die Hauptverursacher der Erderwärmung sind, die entsprechende Verantwortung übernehmen. Sie sollen bei der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen vorangehen. Mit ihrem grossen konsumbasierten Klima-Fussabdruck liegt die Schweiz weltweit auf [Rang 13](#). Zwar produziert die Schweiz im Inland in absoluten Zahlen relativ wenig CO2-Emissionen, werden

aber importierte Waren und Dienstleistungen berücksichtigt, weist die Schweiz mit rund 12 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf einen überdurchschnittlich hohen CO₂-Ausstoss auf. Hinzu kommt der riesige «Hebel» der Schweizer Finanzwirtschaft, die nach wie vor allzu oft in fossile, nicht nachhaltige Industrien investiert.

Die Klima-Allianz und ihre Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit fordert deshalb zusammen mit der SEA-Arbeitsgemeinschaft für Klima, Energie und Umwelt (AKU), dass sich die Schweiz – aus Verantwortung und im eigenen Interesse – zum Klimaabkommen von Paris bekennt und bis 2050 netto null Emissionen erreicht. Je früher die Schweiz auf erneuerbare Energien und den sozial-ökologischen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft setze, desto geringer werden die Anpassungskosten ausfallen und desto grösser sei der Beitrag zur Klimagerechtigkeit – in der Schweiz und gegenüber ärmeren Ländern.

«Es braucht ein Ja zum Klimaschutz-Gesetz: für uns, für unsere Kinder und Enkel. Und für Menschen, die weit weg von hier leben, aber die Auswirkungen unserer politischen Entscheidungen spüren.» Marlen Reusser, erfolgreiche Schweizer Radsportlerin, fasst die Wichtigkeit, ein Ja in die Urne zu legen, in folgende Worte: «In Armut lebende Menschen leiden überdurchschnittlich unter der Klimaerwärmung. Das Klimaabkommen von Paris ist unsere letzte Hoffnung. Ein Ja zum Klimaschutz-Gesetz ist ein Beitrag dazu.»

Zum Thema:

[Stop der Luftverschmutzung: Klimaschutz mal anders gedacht](#)

[50 Jahre «Greenpeace»: Kämpfer gegen Unrecht mit Quäkerwurzeln](#)

[StopArmut-Konferenz 2023: Genug für alle ist möglich – wenn wir es wollen](#)

Datum: 02.06.2023

Quelle: SEA / AKU

Tags

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Politik](#)

[Ethik](#)